

# Leserbrief

Kein Ende der Fahrradstreifen?

Betr.: „Das Ende der Fahrradstreifen“, in unserer Ausgabe vom 25. Oktober 2018

Die Stadtposse ist aus meiner Sicht noch nicht beendet: Der Antrag der CDU, Bürgernahen und FDP auf Rückbau des Fahrradweges wurde zwar angenommen, aber da die Expertise der Verwaltung noch fehlte, ist nicht sicher, ob dieser Antrag umgesetzt werden kann. Laut StVO §2 Zu Absatz 4 Satz 2 steht in der Verwaltungsvorschrift: „Ist ein (benutzungspflichtiger) Radfahrstreifen nicht zu verwirklichen, so kann ein Schutzstreifen angelegt werden“ (wie er zur Zeit besteht). Dafür sollte eine Breite der Straße von sieben Meter erfüllt sein (4,5 Meter für den Autoverkehr und zweimal 1,25 Meter für beide Schutzstreifen), was offensichtlich im jetzt markierten Bereich der Fall ist. Kurz vor dem Kreisel wird es enger und daher sind dort auch keine Schutzstreifen. Aber hier fahren die Autos langsamer, der Radfahrer befindet sich im Sichtbereich des Autofahrers. „Nur wenn Schutzstreifen nicht möglich sind, kann eine Freigabe des Gehweges zur Mitbenutzung durch den Radverkehr in Betracht gezogen werden“. Dazu ist eine Mindestbreite von 2,5 Metern erforderlich, was vor dem Kreisel nicht der Fall ist. Der Radfahrer müsste absteigen und die Fahrbahnseite wechseln. Die Verwaltung hat also die StVO im Rahmen der örtlichen Gegebenheiten umgesetzt!

Ich frage mich nun, warum die Verwaltung so lange an einer Expertise basteln muss. Effektives Arbeiten sieht anders aus: Vor der Sitzung sollten die Teilnehmer des Stadtentwicklungsausschusses die Expertise per E-Mail erhalten und haben dann dieselbe Grundlage für eine Diskussion auf Basis von Fakten. Stattdessen sprießen immer neue Ideen hoch und der Vorgang wird zur Satire. Haben wir in Pinneberg keine anderen Probleme?

Das eigentliche Problem sind im Mittel fünf parkende Autos (tagsüber weniger), die den Verkehrsfluss bremsen und wie von CDU, FDP und Bürgernahen im Antrag ausgeführt zu einer Geräuschbelästigung durch wiederholtes Bremsen und Anfahren führen. Die Anwohner haben es also selbst in der Hand, das Problem zu lösen: Parken auf den eigenen Grundstücken oder in der nahen Umgebung in zirka 100 Meter Entfernung. Wenn das nicht klappt, helfen vielleicht Strafzettel gegen unzulässiges Parken.

Nun muss man wissen, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU im Jappopweg wohnt. Ein Schelm wer Böses dabei denkt: Überwiegt hier Eigennutz vor Gemeinwohl / Verkehrssicherheit? Aber unsere Kanzlerin verbietet ja auch gerade Emissionsschutzgesetze. *Jürgen Klischat, Pinneberg*